

Frau Duffert
Frau Sen
Herr Flachmann

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Gast
Herr Doerk

REGE mbH

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Vorsitzende Frau Weißenfeld Frau Buchmann als neues Mitglied in ihr Amt ein und verliest die Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Die Verpflichtete bekundet ihr Einverständnis mit der Verpflichtungsformel durch Handschlag sowie durch das Unterzeichnen der Verpflichtungserklärung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.04.2018

Herr Arendt bittet zu TOP 4.1 auf Seite 8 der Niederschrift Nr. 4 des Beschlusses zum Ergänzungsantrag des BJR dahingehend zu ändern, dass das Wort „Jugendarbeit“ durch das Wort „Jugendbeteiligung“ ersetzt wird.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.04.2018 wird unter Berücksichtigung des vorstehenden Änderungswunsches nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 30.04.2018

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.2 Weitere mündliche Mitteilungen

- Herr Müller verweist auf den ausgelegten Flyer zur NRW-Streetbasketball-Tour. Zu der Veranstaltung in Bielefeld am 24.06.2018 auf dem Kesselbrink lädt er die Mitglieder des JHA herzlich ein.

- Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die ausgelegte Einladung der Evangelischen Jugend Bielefeld zum Kinderfest am HOT Billabong am 16.06.2018.
- Frau Fuhrmann verweist auf den ausgelegten Flyer zur Tag der offenen Tür der Polizei Bielefeld am Polizeipräsidium Kurt-Schumacher-Straße am 09.06.2018.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Nicht verbrauchte Haushaltsmittel 2018 (Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.04.2018)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 6567/2014-2020

Frau Brinkmann bedankt sich für die zeitnahe Beantwortung der Anfrage. Die CDU-Fraktion beauftrage nunmehr die Verwaltung, den Jugendhilfeausschuss zu informieren, sobald weitere Erkenntnisse vorliegen.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Weitere mündliche Anfragen

Vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung zur kinderärztlichen Versorgung in Bielefeld bittet Frau Brinkmann die Verwaltung in der nächsten Sitzung um eine Mitteilung zur derzeitigen Situation im Hinblick auf die kinderärztliche Versorgung in Bielefeld.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Online-Kartendienst

Herr Dr. Löhner stellt unter Verwendung einer Powerpoint-Präsentation die grundsätzlichen Funktionen des Online-Kartendienstes der Stadt Bielefeld vor.

Im Anschluss stellt Herr Bergen den derzeitigen Stand sowie die Funkti-

onsweise der Online- Karten bezogen auf den Kinder- und Jugendbereich vor.

Frau Brinkmann lobt die Online-Karte und bestätigt, dass dieses Verfahren im Sinne des Antrages der CDU-Fraktion sei.

Weitere Nachfragen werden von Herrn Dr. Löhner und Herrn Bergen beantwortet.

-.-.-

Zu Punkt 6

Bericht zur Umsetzung des Konzeptes "Diversität, Partizipation und Integration"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6531/2014-2020

Frau Grewe macht Ausführungen zu der Vorlage und geht anschließend auf die Handlungsoptionen und Maßnahmenvorschläge insbesondere für den Elementarbereich und für die Kinder- und Jugendarbeit ein.

Vorsitzende Frau Weißenfeld sieht die Stadt Bielefeld zum Thema Integration gut aufgestellt.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Fortführung des Projektes Hevi

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6640/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet über die Inhalte der Vorlage. In der praktischen Umsetzung des Projektes liege der Fokus insbesondere auf geflüchteten Jesidinnen und Jesiden aus dem Irak.

Die Vorlage beinhalte Vorschläge für das weitere Vorgehen. Die Herausforderung liege darin, die Fortführung des Projektes für 2019 und darüber hinaus sicherzustellen, da die Landesfinanzierung Ende dieses Jahres ausläuft. Er betont, dass es sich bei den kommunal finanzierten Maßnahmenvorschlägen nicht um solche handele, die bereits vom Land finanziert wurden. Es sei beabsichtigt, einen Großteil der Maßnahmen mit Mitteln des Jobcenters fortzuführen, jedoch seien inhaltlich kommunale Ergänzungen sinnvoll. Es werde weiterhin versucht, Fördermittel des Landes/Bundes einzuwerben.

Hinsichtlich der Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses beschreibt er das Projekt „Wege ebnen durch mehr Wissen“. Hierfür werden für die Jahre 2019 und 2020 Mittel in Höhe von insgesamt 101.000 € benötigt, die im Haushaltsentwurf des Jugendamtes enthalten sind.

Herr Bolte unterstützt die vorgeschlagenen Maßnahmen. Er hält es für

eine der wichtigsten Dinge, mit den Hilfsangeboten bei den Kindern anzusetzen.

Frau Henneke begrüßt die Hilfsangebote für diese Zielgruppe. Allerdings fehlen ihr Aussagen dazu, mit welchen Maßnahmen die Erfolge erzielt werden sollen und wo die benötigten finanziellen Mittel eingespart werden sollen.

Frau Brinkmann begrüßt ebenfalls die Unterstützungsangebote für diese Zielgruppe. Die CDU-Fraktion werde dem zustimmen unter der Voraussetzung, dass die benötigten finanziellen Mittel an anderer Stelle im Jugendamt eingespart werden.

Auf die Nachfrage von Frau Henneke, mit welchen Maßnahmen die Erfolge erzielt werden sollen, beschreibt Herr Doerk unter Verweis auf die Anlage der Vorlage die Details des Projektes.

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass eine Zusage, die kommunalen finanziellen Mittel im Jugendamt einzusparen, nicht möglich sei. Die Mittel seien in einem genehmigungsfähigen Haushalt gedeckt, ohne dass an anderer Stelle eine Kürzung vorgenommen werde.

Frau Gorsler, Herr Rotter und Frau Obasohan äußern sich ebenfalls positiv zu diesem Projekt.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Der JHA empfiehlt zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt Hevi um folgende Bausteine zu ergänzen:

- **„Wege ebnen durch mehr Wissen“**
- **„Zusätzliche Sprachkurse“**
- **„Spezialisierte Beratung“**
- **„Vorbilder als Bildungsscouts“**

2. Für den Baustein

- **„Wege ebnen durch mehr Wissen“**

wird die Verwaltung beauftragt, die notwendigen Mittel in die HH-Planung 2019 und 2020 aufzunehmen.

3. Den zuständigen Gremien ist zum Erfolg der Maßnahmen im ersten Halbjahr 2019 zu berichten.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Bündelung der Aufgaben von Familienbüro und Kitaplatzvermittlung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6598/2014-2020

Zu Nr. 2 des Beschlussvorschlages fragt Frau Brinkmann nach, ob hiermit bereits Fakten geschaffen würden, oder ob dies Gegenstand der Haushaltsberatungen sei.

Herr Pieplau beantragt 1. Lesung. Nach seiner Auffassung sei hierzu im Rahmen der Haushaltsberatungen zu entscheiden.

Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass der benötigte Personalbedarf in den Haushalt eingebracht wurde. Insofern könne im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen die Angelegenheit betrachtet und entschieden werden.

Vorsitzende Frau Weißenfeld hält es für den richtigen Weg, die Angelegenheit im Zusammenhang mit dem Haushalt zu beraten. Daher handele es sich heute um 1. Lesung.

1. Lesung -

Zu Punkt 9

Beschäftigung der Hauswirtschaftskräfte für die Mittagsverpflegung in städtischen KiTas

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6500/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld gibt eine Einführung zur Vorlage.

Herr Langeworth betont die wichtige Funktion der Hauswirtschaftskräfte im Alltag der Kitas. Er begrüßt grundsätzlich die Absicht, den Hauswirtschaftskräften eine langfristige Perspektive zu schaffen und damit einen häufigen Personalwechsel zu vermeiden.

Zu der Vorlage gibt er folgende 4 Fragen zu Protokoll:

1. Ist diese Aufgabe freiwillig oder pflichtig?
2. Warum wird die Übernahme von der GAB auf die Stadt vorgenommen? Welche Hintergründe gibt es, auch rechtlicher Art?
3. Die langfristige Finanzierung ist zwar absehbar, aber noch nicht gesichert. Ist es vor dem Hintergrund der noch nicht eindeutig geklärten langfristigen Finanzierung technisch umsetzbar, solche personalwirtschaftlichen Verpflichtungen langfristig einzugehen?
4. Weshalb erfolgt die Aufstockung nur zu 50 %?

Beigeordneter Herr Nürnberger beantwortet die Fragen von Herrn Langeworth wie folgt:

Zu Frage 1

Es handelt sich um eine pflichtige Aufgabe. Bei einer ganztägigen Öffnung der Kitas und Betreuung der Kinder sei die Verpflegung sicherzustellen.

Zu Frage 2:

Die Unterstützung durch die Hauswirtschaftskräfte sei vor 17 Jahren als Projekt mit der GAB gestartet, als die Nachmittagsbetreuung eingeführt wurde. Nunmehr könne man nicht mehr nur von einem Projekt sprechen. Die Einbindung der Hauswirtschaftskräfte in die Tagesabläufe in den Kitas sei sehr eng. Daher sei es an der Zeit, arbeitsrechtliche Anpassungen vorzunehmen und für mehr Stabilität zu sorgen.

Zu Frage 3:

Rein rechtlich gesehen sei die Finanzierung langfristig nicht gesichert, da es noch kein neues Kinderbildungsgesetz gebe. Insofern sei es denkbar, dass die Landesregierung hinter die Übergangsförderung zurückfällt. Dies halte er allerdings für eine theoretische Debatte, da die Landesregierung bereits kommuniziere, dass die Übergangsförderung die Basis für das neue Kinderbildungsgesetz darstellen soll. Darüber hinaus verweist Beigeordneter Herr Nürnberger auf die längerfristige Finanzplanung, wonach ab 2020 mit zunehmenden positiven Ergebnissen zu rechnen sei, so dass die Finanzierung auf Dauer sichergestellt wäre.

Zu Frage 4:

Bei der Aufstockung um 50 % handele es sich um einen Kompromiss. Bevor der Entschluss gefasst wurde, die Hauswirtschaftskräfte von der GAB zu übernehmen, sei von anderen Kosten für das Personal ausgegangen worden. Die Aufstockung um die vorgeschlagenen 16 Stellen würde unter den neuen Voraussetzungen deutlich teurer werden. Insofern sei es ein Kompromiss, das bisherige Verfahren fortzuführen und nur um 50 % aufzustocken, weil dies zurzeit finanzpolitisch für verantwortbar gehalten werde.

Nach Vorliegen des neuen Kinderbildungsgesetzes könne entschieden werden, ob eine weitere Aufstockung finanzierbar ist.

Frau Henke kündigt Zustimmung auf Grundlage des Ratsbeschlusses an.

Herr Pieplau begrüßt die Beschlussvorlage ausdrücklich. Seine Frage, ob durch den Beschluss sichergestellt sei, dass jede Kita über ausreichend Hauswirtschaftskräfte verfügt, beantwortet Beigeordneter Herr Nürnberger dahingehend, dass zwar in jeder Kita Hauswirtschaftskräfte eingesetzt sind, allerdings nicht in dem ursprünglich vorgesehenen Umfang.

Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt auf Nachfrage von Herrn Langeworth, dass diese Vorgehensweise unter Berücksichtigung der längerfristigen Finanzierungsunsicherheit verwaltungsintern mit dem Kämmerer abgestimmt sei.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Der JHA empfiehlt zu beschließen:

1. Die in den städtischen KiTas eingesetzten Hauswirtschaftskräfte der GAB sind ab 01.08.2018 im Umfang von 21,5 Vollzeitäquivalenten unbefristet zur Stadt zu übernehmen.
2. Zur Verbesserung der hauswirtschaftlichen Versorgung der städtischen Kitas wird im Umfang von 8,5 Vollzeitäquivalenten zusätzliches überplanmäßiges Personal befristet bis zum 31.07.2020 zur Verfügung gestellt.
3. Dem überplanmäßigen Personalaufwand in Höhe von 499.200 Euro in der Produktgruppe 11.06.01 (Förderung von Kindern / Prävention) für insgesamt 30 Vollzeitäquivalente (21,5 + 8,5) für die Zeit vom 01.08. – 31.12.2018 wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen bei den Zuschüssen an die GAB in Höhe von 226.667 Euro und durch die Inanspruchnahme der bisher nicht verwendeten Erträge aus dem Gesetz zur Rettung der Trägervielfalt in Höhe von 272.533 Euro.
4. Im Haushaltsplanentwurf 2019 sind 21,5 Mehrstellen für die unbefristet zu beschäftigen Hauswirtschaftskräfte vorzusehen. Für diese 21,5 Mehrstellen sowie die zusätzlichen 8,5 überplanmäßig beschäftigten Hauswirtschaftskräfte sind im Personalaufwand 2019 rund 1,1 Mio. Euro einzuplanen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Planungs- und Umsetzungsstand der neuen Kita-Standorte in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6595/2014-2020

Herr Hanke stellt die geplanten 11 Standorte vor.

Herr Langeworth sieht in Anbetracht einer geplanten 3-gruppigen Einrichtung im Stadtbezirk Mitte eine positive Entwicklung. Der Standort liege jedoch am Stadtbezirksrand. Die CDU-Fraktion könne sich daher vorstellen, dass eine weitere Kita im Stadtbezirk Mitte nicht ausreiche.

Aufgrund der Schwierigkeiten, Grundstücke für die Errichtung von Kindertagesstätten zu finden, verweist Herr Langeworth auf die Errichtung der Harrogate-Siedlung vor ca. 15 Jahren. Dort sei ein Reihenendhaus für den Betrieb einer Kita eingeplant worden. Er fragt nach, ob dieses Modell auch für die Zukunft vorstellbar wäre. Weiterhin sei die Frage, ob Grundstücke in der Nähe bereits bestehender Einrichtungen temporär angemietet werden können.

Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt, dass diese Verfahrensweisen

bereits geprüft werden. Es werde aber auch schon praktiziert, in Neubaugebieten von vornherein Wohneinheiten bzw. Flächen für Kindertageseinrichtungen einzuplanen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11 Auswahl weiterer Familienzentren

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6597/2014-2020

Frau Henke bittet die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen darzustellen, inwieweit die auf Seite 3 der Vorlage erwähnten kommunalen Mittel für bestimmte Maßnahmen in Anspruch genommen werden.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, folgende fünf Kindertageseinrichtungen (Kitas) an das Land NRW für das Kindergartenjahr 2018/2019 für die Zertifizierung zum Familienzentrum anzumelden:
 - (1) Kinderhaus Rabenhof – Gesellschaft für Sozialarbeit e.V.
 - (2) Kita Kleine Kampe – Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V.
 - (3) Kita Löwenzahn – Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Bielefeld e.V.
 - (4) Kita St. Meinolf – Kath. Kindertageseinrichtungen Minden-Ravensberg-Lippe gGmbH
 - (5) Kita Abenteuerland – Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Bielefeld e.V.

2. Die weiteren acht Bewerbungen aus dem Interessenbekundungsverfahren sollen im Falle des weiteren Ausbaus von Familienzentren durch das Land NRW in folgender Reihenfolge in den nächsten Kindergartenjahren berücksichtigt werden:
Ab dem Kita-Jahr 2019/2020:
 - (1) Kita Lohmanncarree – Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V.
 - (2) Kita Karl-Siebold – Ev. Kirchenkreis Bielefeld
 - (3) Kitas Arche Noah und Louise Scheppler im Verbund – Ev. Kirchenkreis Gütersloh
 - (4) Kita Herz Jesu – Kath. Kindertageseinrichtungen Minden-Ravensberg-Lippe gGmbHAb dem Kita-Jahr 2020/2021:
 - (5) Kita Sieker Mäuse – von-Laer-Stiftung
 - (6) Kita Stapelbreite – Ev. Kirchenkreis Bielefeld
 - (7) Kita Windflöte – Stadt Bielefeld
 - (8) Kita Oberummeln – Stadt Bielefeld

3. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, analog zu den Regelungen bei den bereits bestehenden Familienzentren auch bei den neuen Familienzentren die ergänzende kommunale Finanzierung aus der Produktgruppe 11 06 01 Förderung von Kindern/Prävention zu leisten.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12 **Zwischenbericht zum Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6596/2014-2020

Frau Duffert gibt eine kurze Einführung zur Vorlage.

Anschließend informiert Frau Sen unter Verwendung einer Powerpoint-Präsentation über das Bundesprogramm Kita-Einstieg.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung u.a. folgende Themen an:

- Beteiligung von Jugendlichen
- Bericht zur Umsetzung des neuen Unterhaltsvorschuss-Gesetzes
- Haushalts- und Stellenplanberatungen 2019, 1. Lesung
- Aufstellung der Vorschlagsliste zur Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen

Bielefeld, den 16.05.2018

Weißefeld
(Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)